

### Norbert Kößmeier

Geboren 1962, studierte Norbert Kößmeier Theologie in Sankt Augustin und Sao Paulo. Seit 1993 ist er missio-Diözesanreferent im Erzbistum Freiburg und seit 1999 Chefredakteur der Missionszeitschrift „Forum Weltkirche“.



Norbert Kößmeier

## Afrika - Der schwierige Weg in eine hoffnungsvolle Zukunft

### Vorbemerkung

Wo fängt man eigentlich an, wenn man in eine Tagung einführen soll, die sich komplexen Fragen im Kontext Afrikas widmet? Nachdem ich als Chefredakteur von „Forum Weltkirche“ angefragt worden bin, diese Aufgabe zu übernehmen und ich auch zugesagt hatte, kamen mir zwischenzeitlich doch meine Zweifel, dies in einer halben Stunde bewerkstelligen zu können. Im Folgenden werde ich Entwicklungen und Situationen aufzeigen, die zunächst einmal außerhalb des rein kirchlichen Binnenraumes liegen, die aber wichtig sind, um die Situation in afrikanischen Ländern einordnen zu können und die m.E. den Hintergrund für die weiteren Themen dieser Tagung darstellen. Erwarten Sie aber nicht von mir, dass Sie Afrika in seiner Komplexität nach dieser Einführung auch verstehen wer-

den. Es freut mich sehr, dass der DKMR „Afrika“ in den Mittelpunkt seiner diesjährigen Mitgliederversammlung gestellt hat. Zwei Daten werden in diesem Jahr den Blick auf Afrika richten: die Zweite Afrikasynode im kommenden Oktober; aber auch der 125. Jahrestag

### DKMR-Tagung 2009

Die Mitgliederversammlung 2009 des Deutschen Katholischen Missionsrats (DKMR) setzte sich das Schwerpunktthema „Afrika“. Die Ordenskorrespondenz dokumentiert in dieser Ausgabe neben dem Hauptvortrag von Norbert Kößmeier weitere vier Vorträge, die sich mit den aktuellen Herausforderungen des Kontinents beschäftigen.

des Beginns der so genannten „Berliner Konferenz“ am 15. November – oder weitläufig auch „Kongo-Konferenz“ genannt, also jener Konferenz, die das Schicksal Afrikas dramatisch veränderte.

### Das düstere Bild von Afrika

Schaut man sich die Statistiken an, ergibt sich für Afrika zunächst einmal ein düsteres Bild. 54 Staaten<sup>1</sup> zählt der zweitgrößte Kontinent, der etwa dreimal so groß ist wie Europa. Die 972 Millionen Einwohner<sup>2</sup> gehören einer Vielzahl von Völkern und Kulturen an, die insgesamt etwa 2.500 unterschiedliche Sprachen sprechen. Aber: Von den 54 Staaten finden sich 22 in der Gruppe der Länder mit dem niedrigsten Index der menschlichen Entwicklung, gemäß dem HDR 2007-2008. Und sie sind die einzigen in dieser Gruppierung. Nur afrikanische Staaten sind in dieser Gruppe ausgewiesen, allesamt Länder aus dem Afrika südlich der Sahara, auf das ich auch meine folgenden Ausführungen konzentrieren werde. Die Lebenserwartung wird für diesen Teil Afrikas in Zeiten von HIV/AIDS mit durchschnittlich 49,6 Jahren angegeben. Südasien, die Region mit den zweitschlechtesten Werten, weist demgegenüber eine Lebenserwartung von 63,8 Jahren auf (für Deutschland wird eine Lebenserwartung von 79,1 Jahren angegeben). Etwa die Hälfte der afrikanischen Bevölkerung hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser (in Südasien sind es 15 Prozent) und 32 Prozent der Bevölkerung sind unterernährt (dies bezieht sich auf 2004). Zudem hat Afrika massiv unter der Tragödie der gewaltsamen Konflikte zu

leiden. Zwei Drittel der Friedensmissionen der Vereinten Nationen in den vergangenen zehn Jahren haben in Afrika stattgefunden. Zur Zeit gibt es 7 in Afrika mit insgesamt 67.000 Soldaten<sup>3</sup>. James D. Fearon and David D. Laitin vom Department of Political Science der Stanford University / USA haben in ihrer Studie „Ethnicity, Insurgency and Civil War“ darauf hingewiesen, dass bis 2003 22 Staaten Afrikas *nach* ihrer Unabhängigkeit einen Bürgerkrieg erleben mussten – mit unzähligen Opfern.<sup>4</sup> Der UNHCR gibt im Jahresbericht 2007 für Afrika 2,2 Millionen Flüchtlinge an (von insgesamt 11 Millionen weltweit).<sup>5</sup> Die Zahl der IDPs (Internal Displaced People) wird vom Internal Displacement Monitoring Centre (errichtet vom Norwegian Refugee Council) für das Jahr 2008 mit 11,6 Millionen in Afrika angegeben. Dies ist die Hälfte aller IDPs weltweit.<sup>6</sup> Die Statistiken könnten fortgeführt werden, was die Alphabetisierungsrate, das Pro-Kopf-Einkommen, die Kindersterblichkeit etc. angeht. Doch ich will es hierbei belassen. Viel wichtiger ist mir, dies in Zusammenhänge zu stellen, die jenseits aller Stammtischparolen liegen, die dann nicht selten mit rassistischen Untertönen lauthals betonen: „Wir haben den Afrikanern bereits mehr als genug geholfen. Aber sie kriegen es nicht auf die Reihe. Jetzt müssen sie endlich selber sehen, wie sie zurecht kommen. Sie haben die Verantwortung für die Misere zu tragen.“ Letztlich wird ihnen die alleinige Schuld an der Situation zugeschrieben. Und wenn sie selber schuld sind, warum sollten wir uns also noch anstrengen? (NB: Fürstin Gloria von Thurn und Taxis zur Frage von HIV/AIDS: „Die Afrikaner schnackeln zu viel.“)

## Schwierige Ausgangslage

In seinem Buch „Ach Afrika“ weist Bartholomäus Grill sehr anschaulich darauf hin, dass Afrika zunächst einmal äußerst schwierige Ausgangsvoraussetzungen hat, was die Fragen der Entwicklung angeht. Gepeinigt wie kein anderer Kontinent ist Afrika von Naturkatastrophen, die in Zeiten des Klimawandels an Dramatik zunehmen. HIV/AIDS, Tuberkulose und Malaria, sowie zahllose Tropenkrankheiten, deren Erforschung bzw. die Entwicklung von Heilmitteln nicht auf der Prioritätenliste westlicher Pharmakonzerne stehen, führen dazu, dass der Gesundheitszustand der Bevölkerungen häufig als angegriffen bezeichnet werden kann. Bartholomäus Grill weist des Weiteren auf – wie er sagt – den „Fluch der Geografie“<sup>7</sup> hin.

### Autoreninfo

Siehe gedruckte Ausgabe.

Viele Länder Afrikas sind Binnenländer, abgeschnitten von der Küste. Eine zum Teil miserable Infrastruktur führt dann dazu, dass Transportkosten ein Vielfaches an Geld verschlingen als dies für Küstenländer der Fall ist (NB: Ein Schiffscontainer von Baltimore in die Elfenbeinküste 3.000 Dollar, in die Zentralafrikanische Republik aber schon 13.000 Dollar Frachtkosten.)

Zudem haben vier Jahrhunderte der Sklaverei, die bis zu einem Drittel der Gesamtbevölkerung hinraffte und ein

brutaler Kolonialismus, der z.B. zwischen 1885 und 1908 im Kongo zu einem furchtbaren Völkermord mit 6 Mio. Toten führte (der amerikanische Journalist Adam Hochschild spricht gar von 10 Mio.), tiefe Narben hinterlassen, die bis heute ihre Wirkung zeigen.<sup>8</sup>

## Neopatrimonialismus, Korruption und Machtmissbrauch

Wenn wir uns die heutige Situation anschauen, dann werden wir trotz der schwierigen Ausgangsvoraussetzungen unseres südlichen Nachbarkontinents natürlich nicht umhin kommen, die Frage nach dem „Warum“ zu stellen: Warum haben es viele afrikanische Länder nicht geschafft, die letzten Tabellenplätze des Human Development Report zu verlassen? Fragen nach Staatsführung, Korruption und die Herrschaft der „big men“ rücken in den Mittelpunkt des Interesses. Und wir stoßen dabei auf eine Herrschaftsform, die weitläufig als neo-patrimoniale Herrschaft bezeichnet wird.

Der Politikwissenschaftler Peter Meyns betont in dem entsprechenden Artikel im „Afrikalexikon“, dass die unangefochtene Autorität eines Herrschers, Staatspräsidenten oder auch einer Elite wesentliches Kennzeichen eines solchen Systems ist. „[Der Herrscher] besitzt die Verfügungsgewalt über den Staatsapparat und setzt sie im Interesse seiner Herrschaftssicherung ein. Staatliche Ämter und Ressourcen sind die materielle Grundlage – die Pfründe – des Neopatrimonialismus. Ämter werden nicht primär nach Kriterien sachlicher Kompetenz, sondern persönlicher Loyalität vergeben. Der Zugang zu ihren Ämtern verschafft den Amtsinhabern wiederum

Zugang zu Ämtern und Ressourcen in ihrem Verantwortungsbereich. So entsteht ein Netzwerk des Klientelismus, in dem Patronage und Loyalität zwei Seiten derselben Medaille sind und in dessen Zentrum der Herrscher die Fäden zieht.<sup>9</sup>

Unabhängig von den formalen politischen Strukturen wird hier Herrschaft über informale, klientelistische Beziehungen organisiert. „Der herrschende Patron – sei es in der Person eines Autokraten, als Mitglied eines Clans oder allgemein als Stellvertreter einer Elite – erwirbt sich in diesem System Gefolgschaft, indem er Ressourcen an seine Anhänger umverteilt. Nicht die Orientierung am Gemeinwohl aller, sondern die Privilegierung der eigenen Klientel steht somit im Vordergrund der politisch Herrschenden.“<sup>10</sup> Fehlende Kontrollen staatlicher Amtsführung, mangelnde Kompetenz so mancher Amtsinhaber sowie der persönliche Bereicherungsdrang der herrschenden Eliten begünstigen die zunehmende Privatisierung des Staates. Begleitet wird dieser Prozess, da er auch immer mehr kriminelle Energie freisetzt, durch fortschreitende Korruption – insbesondere in rohstoffreichen Ländern von ausländischen Investoren genährt.

Der ehemalige Generalsekretär der nigerianischen Bischofskonferenz, Father George Ehusani, weist in seinem Artikel „Hat Demokratie in Nigeria eine Chance?“ in der aktuellen Ausgabe von *Forum Weltkirche*<sup>11</sup> auf genau diese Problematik hin. Nach den furchtbaren Wahlen 2007, die durch massive Manipulationen und Einschüchterungen Nigeria an den Rand einer Katastrophe gebracht hatten, richtete der neue Präsident eine unabhängige Kommission

zur Wahlreform ein. Die wesentlichen Empfehlungen, die von der Mehrheit der Bevölkerung mit Freude aufgenommen worden sind, wurden jedoch erst jüngst vom Präsidenten selbst abgelehnt. Dies wird verständlich, wenn man ein neo-patrimoniales Herrschaftssystem als Erklärungsmodell zu Grunde legt. Denn die Vorschläge der Wahlreformkommission würden die Befugnisse der herrschenden Elite deutlich einschränken. Unabhängige Kontrollen würden etabliert und dem Einflussbereich der Staatsführung entzogen.

Auf einer missio-Tagung am 06. Mai 2009 in Trier machte George Ehusani darauf aufmerksam, dass es bei den Wahlen letztlich immer nur darum gehe, wer uneingeschränkter Zugang zu den „Fleischtopfen des Landes“ erhalte, sprich den Einnahmen aus dem Erdölgeschäft, die 70 Prozent der Gesamteinnahmen des Staates ausmachen. Diesen Zugang gilt es – aus Sicht der Elite – um jeden Preis zu sichern.

## Die Unterentwicklungsfalle

Neo-patrimoniales Herrschaftssystem steht nicht nur im Gegensatz zu westlichen Vorstellungen von Demokratie und guter Regierungsführung. Es wird als eine Ursache für die fehlende wirtschaftliche Entwicklung gesehen. Markus Beckmann, Lehrstuhl für Wirtschaftsethik der Martin-Luther-Universität Halle / Wittenberg, weist in seinem Diskussionspapier „NePAD und der African Peer Review Mechanism – Zum Potential politischer Selbstbindung“ darauf hin, dass sich solche Systeme vor allem auch durch die Nichtkalkulierbarkeit hinsichtlich der Entscheidungen der herrschenden Elite auszeichnen. „Die

drohende Aussicht, dass die Früchte der eigenen Arbeit durch die herrschende Elite umverteilt werden (könnten) [Anmerkung: Dazu zählt nicht nur die Verstaatlichung von Unternehmen, sondern auch neue willkürliche Gebühren, Steuern etc., mit denen der einzelne plötzlich und unerwartet konfrontiert wird], untergräbt Erwartungssicherheit und führt dazu, dass die breite Bevölkerung in ein anderes Konsum- und Investitionsverhalten ausweicht. Investitionen bleiben aus und der wirtschaftliche Niedergang nimmt seinen Lauf.“ Und er spricht in diesem Zusammenhang von einer so genannten Rationalfalle: „Für die herrschende Elite erscheint es rational, ihre Macht nicht einzuschränken [Anm.: um eben ihre Einnahmen zu sichern]. Für die Bevölkerung ist es rational, keine ausbeutbaren Investitionen zu tätigen. Gleichzeitig schädigt die resultierende wirtschaftliche Unterentwicklung alle Beteiligten.“ Das neo-patrimoniale System ist eine Unterentwicklungsfalle.<sup>12</sup> So sehr dieses System der neo-patrimonialen Herrschaft zu verurteilen ist und vor allem die ärmsten Bevölkerungsteile in den Abgrund stürzt, sollte jedoch nicht vergessen werden, dass dieses System neo-patrimonialer Herrschaft zum kolonialen Erbe Afrikas gehört. Denn es waren die Kolonialmächte, die dieses System implementierten. Der Kolonialstaat war nie ein moderner Staat gewesen. Die „bürokratische Sachlichkeit“ und das auf der abstrakten Geltung gleichen objektiven Rechts beruhende Ideal der Verwaltung „ohne Ansehen der Person“ war auf das Zentrum der Macht in der kolonialen Hauptstadt sowie auf die europäische Bevölkerung begrenzt. Die große Mehrheit der Bevölkerung stand unter

indirekter Herrschaft. Der verlängerte Arm der Kolonialmacht waren Chiefs, Älteste und Könige.<sup>13</sup>

## Der demokratische Aufbruch

Es wäre fatal, nun bei der bisher erfolgten Beschreibung stehen zu bleiben. Und es würde das Bild zementieren, dass es ja doch die Afrikaner sind, die die alleinige Verantwortung für die Situation zu tragen haben. Wie gesagt, Neopatrimonialismus ist nur ein Grund für die Situation der Unterentwicklung. Und damit möchte ich den Blick zunächst auf Entwicklungen lenken, die i.d.R. nicht ins weitläufig bekannte Bild vom Katastrophenkontinent passen. Es geht um die größten politischen Umwälzungen seit dem Fall der Berliner Mauer. Nach dem Ende des Kalten Krieges finden wir ein Afrika vor, das Jahrzehnte unter der Auseinandersetzung der westlichen und östlichen Großmächte gelitten hat. In aller Regel waren Autokraten an der Macht, häufig gestützt von den Großmächten. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder Einhaltung der Menschenrechte waren bis dahin nicht die Interessen der westlichen Mächte, wenn es um Afrika ging. Mit dem Ende des Kalten Krieges jedoch begann auch ein neuer Abschnitt in vielen afrikanischen Ländern.

Schauen wir uns heute die Landkarte an, dann stellen wir fest, dass Einparteien-Systeme und „Staatspräsidenten auf Lebenszeit“ fast völlig von der Landkarte verschwunden sind. Die Amtszeiten für Präsidenten sind durch neue Staatsverfassungen begrenzt worden. Zahlreiche Länder haben sich erfolgreich dagegen gewehrt, wenn ein Amtsinhaber die Begrenzung aufheben

wollte, auch Nigeria. Und selbst in Ländern wie Uganda oder Simbabwe, wo Yoweri Museveni bzw. Robert Mugabe an ihrer Macht kleben, wächst der Widerstand der politischen Opposition, der Gesellschaft und der Medien. Vor 1990 gab es, wenn überhaupt, nur wenige Demokratien in Afrika. 2007 hat Freedom House die Hälfte der Länder Afrikas südlich der Sahara als Demokratien eingestuft – also als Systeme, in denen die Bürger des Landes in mehr oder weniger freien und fairen Wahlen ihre Staatslenker wählen oder auch abwählen können. Ein gewisses Maß an persönlichen und politischen Freiheiten bzw. Rechten setzt dies voraus.

Afrobarometer, ein internationales Netzwerk von Politik- und Gesellschaftswissenschaftlern, weist in einer empirischen Studie nach, dass die Mehrheit der Bevölkerungen in 19 untersuchten Ländern die Demokratie als politisches System favorisiert. 70 Prozent sehen Demokratie als das bevorzugte politische System an. 75 Prozent lehnen eine Militärdiktatur ab, 73 Prozent ein Einparteien-System und 79 Prozent die Herrschaft eines einzelnen autokratischen Herrschers (strongman rule). 59 Prozent der Befragten geben an, dass in ihrem Land eine volle Demokratie herrsche. Jedoch nur 49 Prozent sind mit der konkreten Demokratie in ihrem Land zufrieden. Afrobarometer kommt in der erst Ende Mai 2009 veröffentlichten Studie, die sich über zehn Jahre erstreckte, zu folgendem Ergebnis:

- Demokratische Haltungen sind auf Seiten der Bevölkerung im Aufwind. Wenn sich dieser Aufwärtstrend, der bis zum Beginn der weltweiten Finanzkrise festgestellt werden konnte,

weiter fortsetzt, dann ist dies eine sehr vielversprechende Entwicklung hinsichtlich weiterer Demokratisierungsprozesse auf dem afrikanischen Kontinent.

- Jedoch nur die Hälfte der Befragten fordern auch Demokratie ein. Die Demokratisierung hat noch einen weiten Weg vor sich.<sup>14</sup>

### Die Mobilfunk-Revolution

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich einen Aspekt benennen, der nur wenig Beachtung findet: die Revolution der Kommunikationsmedien in Afrika. Insbesondere das Mobiltelefon spielt heute eine bedeutende Rolle. Im bevölkerungsreichsten Land Afrikas – in Nigeria – verfügen etwa 44 Mio. Einwohner über ein Mobiltelefon. Enorme Zuwachsraten sind auch in anderen Ländern zu beobachten. Neue Einkommensquellen eröffnen sich, gerade auch für die ärmere Bevölkerung. Prepaid-Cards werden zur Bank der armen Leute. Verwandte im Ausland oder in weit entfernten Städten transferieren Gelder auf die Prepaid-Cards, die gehandelt werden können. Und nicht zuletzt: Eine neue Öffentlichkeit in Fragen von Menschenrechten, damit letztlich auch Demokratisierungsprozessen und eine Stärkung der Zivilgesellschaft wird mit diesen Kommunikationsmöglichkeiten hergestellt; Vergehen von Polizei und Amtsträgern können leichthin fotografiert und verbreitet werden. In Simbabwe haben Wahlbeobachter der Opposition und Zivilgesellschaft via SMS innerhalb kürzester Zeit die Wahlergebnisse aus dem ganzen Land zusammengetragen. Video-Reportagen – mit dem Handy gemacht –, die sich zum Ziel gesetzt

haben, Demokratisierungsprozesse zu unterstützen, werden im Internet veröffentlicht.<sup>15</sup> Diese Revolution durch neue Kommunikationsmöglichkeiten wird Afrika nachhaltig verändern.

### Afrika hilft sich selbst

Die Situation der Armut stellt eine massive Herausforderung für die häufig fragilen und jungen Demokratien dar. Was, wenn Demokratie in keinsten Weise zu wirtschaftlicher Entwicklung beiträgt, wenn große Teile der Bevölkerung weiterhin in einer Situation der Armut verbleiben und eine wirtschaftliche Besserung ausbleibt? Afrikanische Länder haben deshalb 2001 eine Initiative ins Leben gerufen, die sich diesen Fragen verpflichtet fühlt und einen entscheidenden Beitrag für die Entwicklung des Kontinents leisten will. NePAD - Die Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (New Partnership for Africa's Development) ist 2001 von Ägypten, Algerien, Nigeria, dem Senegal und Südafrika gegründet worden. Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte, Good Governance und Ausbau marktwirtschaftlicher Strukturen sind zentrale Stichworte dieser Initiative.

Das Besondere an dieser Initiative ist die Einführung des „African Peer Review Mechanism“ – ein Instrument, dass der gegenseitigen Überprüfung und Unterstützung dienen soll. Damit aber bekommt die NePAD-Initiative eine andere Qualität als frühere Aktionspläne, da sie sozusagen einen Tabubruch begeht: das Dogma der Nichteinmischung in die Entwicklungen des Nachbarlandes oder anderer afrikanischer Länder ist somit durchbrochen.

Inhalte der guten Regierungsführung werden erstmals zum Gegenstand eines förmlichen, politischen Dialogs zwischen afrikanischen Staaten, und nicht mehr ausschließlich ein „Geberländer-Thema“. Ich bin mir sehr wohl bewusst, dass dieses Instrument massive Kritik insbesondere von zivilgesellschaftlichen Organisationen erfahren hat.<sup>16</sup> Und dies nicht zu Unrecht. Die Zivilgesellschaft kam in diesem Instrument der Selbst- und Fremdevaluation der afrikanischen Länder zunächst nicht oder nur kaum vor. Kritik wurde auch daran geübt, dass APRM keine Strafen gegenüber solchen Ländern vorsieht, die als Ergebnis der Fremdüberprüfung sich nachweislich nicht den Prinzipien der „Good Governance“ oder der Rechtsstaatlichkeit verpflichtet fühlen.

Vom Selbstverständnis her sieht sich APRM selbst zunächst einmal als ein Lerninstrumentarium – von den Erfahrungen der Nachbarn oder anderer afrikanischer Länder lernen. Meiner Einschätzung nach – so sehr einzelne Kritikpunkte ernst zu nehmen sind – liegt das Besondere dieses Prozesses in dem Bemühen der afrikanischen Staaten, eine eigene Agenda für Entwicklung und Demokratisierung auszuarbeiten, umzusetzen und vor allem sich diese Agenda auch zu eigen zu machen. Zugleich entwickelt APRM eine unvorhersehbare Eigendynamik im positiven Sinne. 29 Staaten sind inzwischen dem Prozess der Selbst- und Fremdevaluation beigetreten.<sup>17</sup> Die ersten Ergebnisse liegen vor. Einzelne Länder, z.B. Ghana, die diesen Prozess inzwischen komplett durchlaufen haben, haben von sich aus beschlossen, die kompletten Ergebnisse zu veröffentlichen. Damit aber schaffen sie eine neue Transparenz, die

zum einen der Kritik entgegenwirkt, geschönte Berichte für die Geberländer zu erstellen. Zum anderen wird es für Länder, die sich bisher den Zielsetzungen in ihrer eigenen Regierungsführung nicht verpflichtet fühlen, schwerer, sich diesem gesamten Prozess zu entziehen, denn sie sehen sich auf einmal mit der öffentlichen Meinung konfrontiert.<sup>18</sup>

### Die fehlende Glaubwürdigkeit des Westens

Dies sind begrüßenswerte Entwicklungen, die jedoch, damit sie Erfolg haben, auch von der internationalen Gemeinschaft der Unterstützung bedürfen. Damit kommen wir aber zu einer entscheidenden Frage: Ist es der internationalen Gemeinschaft überhaupt ernst damit, afrikanische Länder darin zu unterstützen, die letzten Tabellenplätze der Entwicklung verlassen zu können oder stehen nicht doch Eigeninteressen im Vordergrund? Wenn wir uns das Agieren der internationalen Gemeinschaft anschauen, war dies während des Kalten Krieges vor allem durch ideologische und strategische Überlegungen geprägt. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder Einhaltung der Menschenrechte waren bis dahin nicht die Interessen der westlichen Mächte, wenn es um Afrika ging. Es spielte z. B. keine Rolle, wie sich Diktator Mobutu gegenüber der eigenen Bevölkerung des Zaire verhielt, wie sehr er sich selbst bereicherte etc. Entscheidend für den Westen war: Er galt als verlässlicher Partner, der die Interessen des Westens garantierte, nämlich den Zugang zu den Rohstoffen des Landes, und gleichzeitig ein Bollwerk gegen die Kommunisten darstellte. Und dies ist nur eines von unzähligen Beispielen.

Die Frage nach dem Zugang zu Ressourcen ist bis heute verantwortlich für Gewalt, Krieg und Vertreibung. „Es ist offensichtlich, dass die Rohstoffe des Kongo die Gier gewisser Mächte entfachen und in direkter Beziehung zur Gewalt gegen die Bevölkerung stehen.“ So formulierten es die katholischen Bischöfe des Landes 2008 in einem dramatischen Appell. Und sie betonten: „Die ganze Welt hat von einem friedlichen Kongo mehr als von einem Kongo im Krieg.“<sup>19</sup> Die weitverbreitete Korruption wird bis heute vor allem in der westlichen Welt als Hauptursache für Unterentwicklung angeprangert. Doch dabei wird geflissentlich übersehen, dass es westliche Unternehmen waren, die enorme Bestechungsgelder an korrupte Regierungen zahlten, um an lukrative Verträge zu kommen oder aber den Zugang zu den Rohstoffen zu erhalten. Deutschland war davon nicht ausgenommen. Bis 1999 war es deutschen Unternehmen möglich, solche Bestechungsgelder von der Steuer abzusetzen. Und die Unternehmen blieben von einer Strafverfolgung verschont. Peter Eigen, Gründer von Transparency International, betonte in einem Interview: „Aber allgemein muss man sagen, dass die großen Unternehmen in den reichen Staaten systematisch die Korruption in die Länder des Südens hineingetragen haben. Und deswegen ist die Bemerkung von Bundespräsident Köhler richtig, wenn er sagt, dass ein großer Teil der Verantwortung für die Korruption bei uns liegt – bei uns im Norden, bei unseren Unternehmen, die sich nicht geschämt haben, systematisch die falschen Entscheidungen zu kaufen von den Ministern, von den Präsidenten, von den hohen Beamten

- und dadurch eben Afrika zum Beispiel in Armut und Verderben gestürzt haben.“<sup>20</sup>

Und ein weiteres fällt auf: Die Vorgaben von Geberländern bzw. -institutionen sind zum Teil widersprüchlich oder aber aus Sicht der Empfängerländer nur schwer erfüllbar. Hatte der Internationale Währungsfonds in den 80/90er Jahren von den hoch verschuldeten Ländern die Durchführung so genannter Struktur-Anpassungsprogramme (SAP) verlangt, die nach neoliberalen Mustern die Privatisierung vieler Sektoren und die Liberalisierung der Märkte verlangte – vor allem aber einen möglichst kleinen Staat vorsah – so musste der IWF selbst einsehen, dass diese Programme nicht die erhofften Ziele erbracht haben. Armutsreduzierung hieß die neue Strategie, die mit dem Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen im Jahr 2000 auf den Weg gebracht wurde. Die neue Strategie sah nun sehr wohl einen handlungsfähigen Staat als Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung vor. Was aber, wenn es aufgrund voriger Vorgaben kaum noch einen handlungsfähigen Staat gab, da er sich aus allen Sektoren herausgezogen hat und gleichzeitig kaum Geld zur Verfügung hat, da die einheimische Wirtschaft der Öffnung der Märkte nichts entgegensetzen konnte und davon zugrunde gerichtet wurde?<sup>21</sup>

Fehlende Glaubwürdigkeit werfen afrikanische Staaten auch den G8 vor. In den vergangenen Jahren haben am Rande des G8 Gipfels immer wieder Treffen mit afrikanischen Staatsführern stattgefunden. Man sah die Notwendigkeit, Afrika eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken und vereinbarte entsprechende Initiativen. Doch die

gemachten Versprechen sind immer wieder unterlaufen worden. Jüngstes Beispiel: Während des G8 Gipfels in Gleneagles (2005) versprachen die G8, ihre Entwicklungshilfe bis zum Jahr 2010 um 25 Milliarden US Dollar zu erhöhen, gemessen an der Hilfe von 2004 also fast zu verdoppeln. Angesichts der gegenwärtigen Finanzkrise haben nun Italien und auch Frankreich ihre Hilfe nicht nur nicht erhöht, sondern sogar gekürzt.<sup>22</sup>

Wenn wir uns der EU zuwenden, dann fehlt es bis heute an einer kohärenten Politik des Außenhandels und der Entwicklungszusammenarbeit.<sup>23</sup> Zwar hat sie in den vergangenen Jahren vielfältige Anstrengungen unternommen, doch belastet eine nicht kohärente Politik die Beziehungen zwischen Afrika und der EU. Als Beispiel sei an dieser Stelle nur auf die Fischerei- und Agrarpolitik der EU verwiesen, die dafür verantwortlich ist, dass Küsten vor Westafrika überfischt sind und die Lebensgrundlagen für die einheimische Bevölkerung zerstört wurden, dass schließlich landwirtschaftliche Produkte aus Europa auf afrikanischen Märkten günstiger sind als einheimische. Dirk Kohnert, Ökonom und stellvertretender Direktor des Institute of African Affairs (IAA) am deutschen Institut für globale und regionale Studien (GIGA) in Hamburg sieht in einer solch fehlgeleiteten Politik der EU eine der Hauptgründe für die dramatisch ansteigenden Migrationsbewegungen Afrikas.<sup>24</sup>

Die Glaubwürdigkeit der europäischen Länder leidet auch in Bezug auf die so genannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs). Diese Abkommen, die mit den so genannten AKP-Staaten – den ehemaligen Kolonien Europas –

geschlossen werden sollen, dienen nach Einschätzung vieler Experten und auch zivilgesellschaftlicher Organisationen in erster Linie den Europäern selbst. EPAs sind, vereinfacht ausgedrückt, Freihandelsabkommen. Damit aber ist die grundlegende Problematik beschrieben: Wie können bäuerliche Betriebe und Kleinindustrien mit den Produkten aus hochindustrialisierten Ländern überhaupt konkurrieren? Zollschränken, die Europa oder auch die USA über eine sehr lange Zeit in ihrer Geschichte davor bewahrten, die eigenen Märkte zu öffnen, bis die eigenen Produkte konkurrenzfähig waren, werden den afrikanischen Ländern nur für maximal 15 Jahre zugestanden. 20 Prozent der Produkte dürfen die Länder Afrikas zwar vor dem freien Markt schützen, aber 80 Prozent sollen sich dem Weltmarkt stellen.<sup>25</sup> Ein wichtiger und m.E. auch ernst zu nehmender Kritikpunkt aus afrikanischer Sicht ist der Vorwurf, dass EPAs die Bemühungen von NePAD konterkarieren. Denn NePAD setzt sich für die Förderung regionaler Wirtschaftsgemeinschaften ein. EPAs jedoch haben den Konkurrenzkampf der afrikanischen Länder untereinander zur Folge und machen somit bisherige Erfolge von NePad zunichte.<sup>26</sup> Und letztlich stellt sich die Frage, ob EPAs überhaupt einen Beitrag dazu leisten können, die Armut zu reduzieren. Afrikanische Länder haben mit den Rezepten des Neoliberalismus – Liberalisierung der Märkte, Privatisierung der Industrien – sehr negative und schmerzhaft Erfahrungen machen müssen. Ein Ausverkauf Afrikas wird befürchtet. Sieht man sich die zur Zeit stattfindende Aneignung riesiger Ländereien („land-grabbing“) fruchtbaren Bodens

(häufig Pachtverträge) durch große Konzerne aus den Industriestaaten an, die die Böden nutzen, um Rohstoffe für die Herstellung von „Bio“-Kraftstoffen zu produzieren, dann ist diese Befürchtung vielleicht doch nicht unbegründet. Und schließlich: Die unnachgiebige und zum Teil auch sehr überhebliche Art der europäischen Verhandlungsführer in Sachen EPAs übersieht wohl, dass die westlichen Länder viel an Einfluss verloren haben, dass viele afrikanische Länder sich inzwischen China zuwenden, das zum Spielmacher auf dem afrikanischen Kontinent geworden ist. Dies birgt neue Gefahren. Rechtsstaatlichkeit, Demokratisierungsbemühungen und „Good Governance“ stehen nicht auf der Agenda des großen asiatischen Partners. Zugleich ist offensichtlich, dass eine neue Verschuldungsfalle droht, da China seinen Partnern sehr großzügig mit Krediten unter die Arme greift.<sup>27</sup>

### **Die Kirchen sind herausgefordert**

Kommen wir zurück zu EPAs. Bereits im Jahr 2007 hat sich die AMECEA – der Zusammenschluss der ostafrikanischen Bischofskonferenzen – zusammen mit der AACC (All African Conference of Christian Churches) ausführlich mit der Frage der EPAs auseinandergesetzt. In einem gemeinsamen Statement verurteilen sie EPAs aufs Schärfste und betonten: „EPAs gefährden das Wohl der einheimischen Bevölkerung. Internationaler Handel muss dem Menschen dienen und nicht dem Profit. Vor allem aber darf er nicht zur Unterdrückung der Menschen beitragen. Die zur Zeit zwischen der EU und afrikanischen Staaten verhandelten EPAs verstoßen

nicht nur gegen diese Grundprinzipien, sondern gefährden auch die wirtschaftliche Entwicklung der afrikanischen Länder.“<sup>28</sup> Es ist erfreulich, dass die Kirchen Ostafrikas diese so komplexe Thematik von Wirtschaftsbeziehungen zu ihrem Thema gemacht haben, sich damit auseinandergesetzt haben, denn – so erklären es die Kirchenvertreter – das Wohl der Menschen steht auf dem Spiel. Und schaut man sich das „Instrumentum Laboris“ der kommenden Afrikasynode an, so nimmt das Thema der Globalisierung, der Ungerechtigkeit in Handels- und Wirtschaftsbeziehungen etc. ebenfalls einen entsprechenden Platz ein.

Der nigerianische Theologe Eugene Elochukwu Uzukwu CSSp verurteilt in seinem Beitrag zur Afrikasynode in der neuen Ausgabe von *Forum Weltkirche* massiv die Haltung der westlichen Länder und die Dominanz der G8 Staaten. Und er fragt: Wie kann es sein, dass auf dem wichtigen Finanzgipfel der G20 am 08. April 2009 in London anlässlich der weltweiten Finanzkrise Afrika praktisch nicht präsent war (einzig Südafrika durfte teilnehmen - als einziges von den 54 Ländern des Kontinents)? Seine Hoffnung ist, dass die Synode nicht nur für die afrikanische Kirche von Bedeutung sein wird, sondern für die gesamte Weltkirche.<sup>29</sup>

Die Relevanz der Thematik „Kirche im Dienst an Versöhnung, Gerechtigkeit und Frieden“ legt dies nahe. Aber: Die Erfahrung zeigt auch, dass es uns schwer fällt, uns mit Fragestellungen und Problemen auseinanderzusetzen, die uns zunächst einmal nicht direkt betreffen. Welche europäische Bischofskonferenz etwa hat sich intensiv mit Fragen von EPAs auseinandergesetzt?

M.E. wird angesichts der komplexen Probleme in einer globalisierten Welt eine immer intensivere Vernetzung – gerade auch der Kirchen als aktive Mitglieder der Zivilgesellschaft – nötig. In Fragen von Migration hat es ein erstes Treffen zwischen der SECAM und der europäischen Bischofskonferenz gegeben. In vielen anderen Fragen wäre es m. E. ebenso notwendig, weil drängend. Aber es wäre verfehlt zu meinen, dies ginge nur die Bischöfe etwas an, so sehr sie wichtige Entscheidungsträger sind. Es geht ebenso die Hilfswerke, Orden und auch weltkirchlichen Akteure aus den Diözesen an. Denn die anstehenden Fragen bedrohen – wie die ostafrikanischen Bischöfe betonen – das Wohl der Menschen in diesen Regionen. Und dies sind vielfach unsere Partner.

Und neue Krisenszenarien ziehen am Horizont auf. Die aktuelle Finanzkrise trifft die ärmsten Länder besonders hart, obwohl sie am allerwenigsten für diese Krise verantwortlich sind. Bisherige Erfolge drohen durch die Finanzkrise zunichte gemacht zu werden.<sup>30</sup> Das gleiche gilt für den sich abzeichnenden Klimawandel. Afrikanische Länder werden einen sehr hohen Preis zahlen müssen. Stehen diese sich abzeichnenden Krisen auch auf unserer Agenda? Werden wir unsere Arbeit wie bisher weiter machen können, ohne uns schon jetzt zusammen mit unseren Partnern Gedanken machen zu müssen, was diese Krisen für unsere Partner in der Zukunft bedeuten werden?

Die Entwicklungsziele des Millenniumsgipfels – in erster Linie die Armutsreduzierung – waren schon vor Beginn der Finanzkrise in Verzug. Es droht – wie die Beispiele Italien und Frankreich zeigen –, dass weitere Ambitionen der

westlichen Welt verblassen, da eigene Probleme in den Vordergrund treten.

Kirche ist nicht nur ein global player, sondern auch ein wichtiger Partner der Menschen im afrikanischen Kontext. Afrobarometer betont, dass 91 Prozent der Befragten Religion als sehr wichtig in ihrem Leben ansehen. Und in den untersuchten Ländern Afrikas haben, wenn es um die Lösung eines wichtigen Problems des Einzelnen geht, 18 Prozent einen Parteifunktionär, 12 Prozent einen Parlamentarier und 27 Prozent einen Vertreter der örtlichen Regierung um Rat gebeten. Aber 47 Prozent haben sich an einen religiösen Führer gewandt. Dies sagt nun nichts über die Qualität der erhaltenen Ratschläge aus, es zeigt aber, dass religiöse Einrichtungen insgesamt eine höhere Akzeptanz und wohl auch Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung genießen, als es politische Autoritäten tun<sup>31</sup>.

Die afrikanische Kirche ist eine der dynamischsten weltweit. Die jährlichen Zuwachsraten und auch die Zahl von Priester- und Ordensberufungen untermauern dies. Und die Ortskirchen versuchen, ihrer Verantwortung in der Gesellschaft - mal mehr, mal weniger - gerecht zu werden. Jedoch benötigen sie auch unsere Unterstützung und Solidarität und das gemeinsame Ringen um Lösungen. Denn viele Fragen, die die Menschen in Afrika betreffen, werden in Europa und der westlichen Welt verhandelt, Weichenstellungen, die zum Teil höchst dramatische Auswirkungen für diese Menschen haben, werden hier vorgenommen.

Der partnerschaftliche Dialog auf Augenhöhe ist nicht nur ein Postulat an die Politik, sondern hat eine hohe Bedeutung insbesondere auch für die

Zivilgesellschaft als wichtiger Akteur politischen Geschehens. Bundespräsident Horst Köhler hat im Zusammenhang mit der Finanzkrise betont: „Die Menschlichkeit dieser Welt wird sich am Schicksal Afrikas entscheiden.“ Ich bin überzeugt, dass wir alle - Orden, Hilfswerke und Diözesen - einen wichtigen Beitrag dazu leisten können, dass diese Menschlichkeit zum Tragen kommt.

.....

- 1 Der Status von Westsahara ist ungeklärt, Marokko beansprucht einen großen Teil des Gebiets, ein Referendum unter Leitung der Vereinten Nationen über den rechtlichen Status konnte bis heute nicht durchgeführt werden. Nachdem die Afrikanische Union (AU) Westsahara als eigenen Staat aufgenommen hat, ist Marokko - obwohl Gründungsmitglied - aus der AU ausgetreten. Von daher zählt die AU 53 Mitglieder.
- 2 Global Statistics vgl. [www.geohive.com](http://www.geohive.com)
- 3 (Westsahara 218, DR Kongo 18.430, Liberia 11.345, Elfenbeinküste 6.240, Sudan 9.900, Dapur 19.550, Zentralafrikanische Republik und Tschad 2.016); Vgl. United Nation Peacekeeping: <http://www.un.org/Depts/dpko/dpko/currentops.shtml#africa>.
- 4 Vgl. James D. Fearon and David D. Laitin: "Ethnicity, Insurgency and Civil War", *American Political Science Review* 97 - vgl. [www.yale.edu/irspeakers/Fearon.pdf](http://www.yale.edu/irspeakers/Fearon.pdf).
- 5 Vgl. <http://www.unhcr.org/statistics/STATISTICS/4852366f2.pdf>.
- 6 Vgl. <http://www.internal-displacement.org/>.
- 7 Bartholomäus Grill: Ach, Afrika. Berichte aus dem Inneren des Kontinents, 5. Auflage, München 2005.

- <sup>8</sup> Die Autoren Nathan Nunn und Leonard Wantchekon weisen in einer empirischen Studie erstmals nach, dass die Sklaverei bis heute in den besonders von der Sklaverei betroffenen Gebieten für erhöhtes Misstrauen, insbesondere gegenüber politischen Institutionen, verantwortlich ist. Dies hat u.a. Auswirkungen auf Demokratisierungsprozesse. Vgl. Nathan Nunn and Leonard Wantchekon: *The Trans-Atlantic Slave Trade and the Evolution of Mistrust in Africa. An empirical investigation.* Afrobarometer. Workingpaper No. 100, Juni 2008 (<http://www.afrobarometer.org>).
- <sup>9</sup> Vgl. Peter Meyns, *Neopatrimonialismus*, in: Afrikalexikon. Ein Kontinent in 1.000 Stichwörtern. Herausgegeben von Jacob Mabe. Peter Hammer Verlag, 2004.
- <sup>10</sup> Vgl. Markus Beckmann, *NePAD und der African Peer Review Mechanism – Zum Potential politischer Selbstbindung.* Diskussionspapier Nr. 2007-8 des Lehrstuhls für Wirtschaftsethik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle 2007, S. 5f.
- <sup>11</sup> George Ehusani: „Hat Demokratie eine Chance? Die gescheiterte Reform des Wahlsystems in Nigeria“ in *Forum Weltkirche* 4-2009, S. 28ff.
- <sup>12</sup> Vgl. Markus Beckmann S. 8f.
- <sup>13</sup> Vgl. Gero Erdmann und Ulf Engel: *Neopatrimonialism Revisted – Beyond a Catch-All Concept.* GIGA (German Institute of Global and Area Studies), Hamburg, Working Papers No. 16, Februar 2006, 19f.; (<http://www.giga-hamburg.de/>).
- <sup>14</sup> Vgl.: Michael Bratton, Michigan State University and Robert Mattes, University of Cape Town: „Neither Consolidating Nor Fully Democratic: The Evolution of African Political Regimes, 1999-2008“; Afrobarometer Briefing Paper No. 67, May 2009. (<http://www.afrobarometer.org>).
- <sup>15</sup> Vgl.: <http://voicesofafrica.africanews.com/site>.
- <sup>16</sup> Vgl. Sanusha Naidu: *The New Partnership for Africa's Development (NEPAD) in the Context of Responsiveness and Accountability.* Southern African Regional Poverty Network (SARPN), Durban, South Africa, 2002 (<http://www.sarpn.org.za>).
- <sup>17</sup> Vgl. *The State of Governance in Africa: Formal Rules, Informal Realities and Strategies for Change.* South African Institute of International Affairs (SAIIA), 2008 (<http://www.saiia.org.za/>).
- <sup>18</sup> Eine Analyse der Ergebnisse der ersten vier APRM-Länderergebnisse ist zu finden bei: Ross Hess and Steven Gruz: *The African Peer Review Mechanism. Lessons from the Pioneers.* 2008. South African Institute of International Affairs (SAIIA); Auf der Homepage des Instituts finden sich zudem Handbücher und Hilfestellungen, die insbesondere der Zivilgesellschaft dienen sollen, sich erfolgreich in die APRM-Prozesse einzuschalten. Zur Bewertung von APRM vgl. auch: Sven Grimm und Kristin Nawrath: *Der African-Peer-Review-Mechanismus – eine Abkehr vom Krähenprinzip?* German Institute of Global and Area Studies (GIGA), GIGA-Focus Nr. 3, 2007.
- <sup>19</sup> Vgl. „Die Demokratische Republik Kongo weint um ihre Kinder und wollte sich nicht trösten lassen.“ Hirtenbrief der katholischen Bischofskonferenz der DR Kongo. In: *Forum Weltkirche* 1-2009, S. 30f.
- <sup>20</sup> Vgl. Interview mit Peter Eigen / Transparency International (2006): [http://www.bpb.de/themen/808LLA,0,0,BekProzentE4mpfung\\_der\\_Korruption.html](http://www.bpb.de/themen/808LLA,0,0,BekProzentE4mpfung_der_Korruption.html).
- <sup>21</sup> Vgl. Patrick Chabal: *The State of Governance in Africa.* South African Institute of International Affairs (SAIIA). Occasional Paper No. 26. February 2009.
- <sup>22</sup> Vgl. den Bericht von BBC : <http://news.bbc.co.uk/2/hi/africa/8094401.stm> (gelesen am 12.06.09); Bezüglich der Rolle der G8 vgl. Tina Schneidenbach: *G8 und Afrika – Symbolische Politik trifft auf reale Erwartungen.* German Institute of Global and Area Studies (GIGA). GIGA Focus Nummer 11, 2006.
- <sup>23</sup> Das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik setzt sich in der Reihe „Analysen und Stellungnahmen“ Ausgabe 1-2009 „Demokratieförderung: Kein Ende der

Geschichte“ mit der Frage der Demokratieförderung auseinander. In diesem Zusammenhang stellt es zehn Empfehlungen zur Demokratieförderung auf. Der Frage der Glaubwürdigkeit kommt in diesem Zusammenhang eine entsprechende Bedeutung zu (<http://www.die-gdi.de>).

- <sup>24</sup> Dirk Kohnert: EU-African Economic Relations: Continuing Dominance Traded for Aid?; German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Working Papers No. 82, 2008, S. 10ff.
- <sup>25</sup> Vgl. Wolfgang Schonecke: Das einseitige Verständnis von Partnerschaft. Afrika wehrt sich gegen EPAs. In: Forum Weltkirche 3-2008, S. 25ff.
- <sup>26</sup> Vgl. Dirk Kohnert, 2008
- <sup>27</sup> Zur dieser Frage vgl.: Karin Fiedler: Partnerschaft auf Augenhöhe? Zur Frage des chinesischen Engagements in Afrika. In: Forum Weltkirche 4-2008, S. 22ff.; *Crouching Tiger, Hidden Dragon? Africa and China*. Edited by Kweku Ampiah and Sanusha Naidu. University of Kwa Zulu-Natal Press. 2008. Einen Überblick über den Inhalt und Auszüge dieser Publikation finden sich im Internet unter: [http://www.ccr.uct.ac.za/fileadmin/template/ccr/pdf/CrouchingTiger\\_synopsis.pdf](http://www.ccr.uct.ac.za/fileadmin/template/ccr/pdf/CrouchingTiger_synopsis.pdf); Helmut Asche und Margot Schüller: *Chinas Engagement in Afrika – Chancen und Risiken für Entwicklung*. GTZ (Hrsg.) (Die Studie ist online verfügbar unter: <http://www.gtz.de/de/dokumente/gtz2008-de-china-afrika-lang.pdf>); Robert

Kappel und Tina Schneidenbach: *China in Afrika. Herausforderungen für den Westen*. German Institute of Global and Area Studies (GIGA), Hamburg, GIGA-Focus Nr. 12, 2006.

- <sup>28</sup> Vgl. Forum Weltkirche, 4-2007, S. 7
- <sup>29</sup> Vgl. Eugene Elochukwu Uzukwu CSSp: „Die Kirche in Afrika im Dienst an Versöhnung, Gerechtigkeit und Frieden.“ Eine Antwort aus nigerianischer Perspektive. In: Forum Weltkirche, 4-2009, S.17ff.
- <sup>30</sup> Vgl. Kerstin Priwitzer, Ingrid Wehr: Im Sog der Finanzkrise. Auswirkungen der Krise auf die Entwicklungsländer. In: Forum Weltkirche 3-2009, S. 12ff.
- <sup>31</sup> Vgl. Eric Little and Carolyn Logan: *The Quality of Democracy and Governance in Africa: New Results from Afrobarometer Round 4*, Afrobarometer Working Paper No. 108 (2008), S. 30. Vgl. Carolyn Logan: *Traditional Leaders in Modern Africa: Can Democracy and the Chief co-exist?* Afrobarometer, Working Paper No. 93 (2008), S. 10.